

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

23 Jahre ZEITBÜHNE

23. Jahrgang Nr.3/2009

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr  
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M



**Nicht der Mensch, die Natur macht das Wetter**

**Industrie vor ihrer größten Herausforderung**

**Schwerer Rückschlag für Stromversorgung**

**Finanzkrise erfordert radikales Umdenken**

**Schein und Sein am Nil**

**Von Klimawandel, Klimaschwindel und Klimahysterie**

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

## INHALT

### KOMMENTARE

- 4 Wetterleuchten
- 5 Schein und Sein am Nil
- 6 Realwirtschaft als Opfer der Finanzhaie
- 22 Was verspricht Obamas Nahost-Politik?
- 24 Gedanken nach der Wahl
- 28 Grüne Träume
- 30 Gutmenschen sind tolerant

### 7, 8 LESERMEINUNGEN

### AUS DER INDUSTRIE

- 9 Industrie vor ihrer größten Herausforderung
- 10 Sozialpartner für Technische Universität
- 10 Kranke Menschen haben keinen Markt

### AUS DER WIRTSCHAFT

- 11 VKB-Bank: Beste Kernkapitalquote aller Zeiten
- 11 Großer Erfolg für Fronius
- 11 Gute Chancen in unbekanntem Berufen
- 12 Mit Erdgas um die Welt
- 12 Großer Erfolg für Wärmepumpenforum
- 13 Ein Auto ist kein Safe
- 13 Konjunkturkrise belastet Lenzing
- 14 Traditionsunternehmen Ochsner:  
Rekordumsatz mit Wärmepumpen
- 14 58 Millionen Gewinn mit Cross-Border-Leasing,  
doch wie geht es weiter?
- 15 2008: Ein gutes Jahr für die Informations-  
und Consultingwirtschaft
- 16 Maßnahmen zum Erhalt des heimischen Transports  
und Beschäftigung dringend notwendig
- 17 Finanzkrise erfordert radikales Umdenken
- 18 Ein Bergbauer in den Zwängen der Bürokratie
- 19 Landwirtschaft im Kampf gegen Windmühlen

### ENERGIE

- 20 400 Millionen in den Sahara-Sand?
- 20 Schwerer Rückschlag für Strom-  
Versorgungssicherheit

- 21 Energie AG: Speicherkraftwerke verringern  
Auslandsabhängigkeit

### POLITIK & UMWELT

- 25 Die Abkühlung des Klimas  
wäre noch viel schlimmer
- 26 Die Retter der Erde

### POLITIK

- 32 Benedikt XVI, Pius XII  
und Kapitän zur See Lindemann
- 34 Für Rede- und Gedankenfreiheit
- 35 Kulturelle Bereicherung?

### AUSLAND

- 35 Polizistenmord als Kavaliersdelikt
- 35 Opel ist noch nicht gerettet
- 35 Geld regiert . . .
- 35 Das Wasserstoffauto muß sterben
- 35 Giftgasangriff auf Polizei

### PRESSESPIEGEL

- 36 Wider die Vergangenheit
- 36 Vielfach nicht integrationswillig
- 36 Babygehalt für Großeltern
- 36 Christliche Pflegemutter entlassen
- 36 Asylindustrie gegen humanitäre Tradition
- 36 UN: Den Islam nicht diffamieren

### BÜCHER

- 37 Barack Obama:  
Wie ein US-Präsident gemacht wird
- 37 Völkermorde  
Vom Altertum bis zur Gegenwart
- 38 Der Aids-Mythos
- 38 Paul Lendvai
- 38 Die korrupte Republik
- 39 Himmelfahrten, Höllentrips
- 39 Wahn und Wirklichkeit
- 39 Marionetten



## Wetterleuchten

Von Brigitte Zachl

H.C. Strache macht es Medien, Politikern sowie der Bevölkerung leicht, sich über ihn und seine Aktionen zu empören. Über diese erübrigt sich wohl von selbst jeder Kommentar. Doch warum schießen sich alle unisono ausgerechnet auf Strache ein? Was Charakterlosigkeit, hemmungslosen Populismus, Lügen und leere Versprechungen betrifft, können sich ja wohl fast alle Vertreter aller politischen Parteien die Hand reichen. Wobei die Auswirkungen in vielen Fällen weitaus gefährlich sind als Straches durchsichtiger Aktionismus. Die Politik manch anderer ist nämlich bei weitem nicht so leicht zu durchschauen. Anstatt etwa die verfehlte Ausländerpolitik an konkreten Beispielen nüchtern aufzuzeigen, setzt Strache auf durchaus vorhandene, nicht unbegründete Ressentiments und macht es damit seinen Gegnern leicht. Österreich pauschal als fremdenfeindlich zu diffamieren, ist einfach, auf die Ursachen muß man dann nicht mehr eingehen. Dabei gibt es Beispiele genug, die die Angst der Bevölkerung begründen.

>Die österreichische Kriminalstatistik ist voll von Bluttaten aus verletztem Ehrgefühl, von mit archaischen Bräuchen und mit religiösen Motiven begründeten Attacken mit tödlichem Ausgang. „Wir spielen diese Verbrechen nicht hoch, um die ohnehin latente Fremdenfeindlichkeit nicht anzuhetzen“, versicherte ein hoher Kriminalbeamter. „Wir können nur beten, daß auch die Medien beide Augen zudrücken.“ < (Aus: Inshallah Österreich, Ernst Hofbauer)

Ein anderes nicht weniger verheerendes Kapitel ist die Energieversorgung. Wer die Gaskrise zu Jahresbeginn als Auftakt zu einer weitblickenden Energiepolitik gesehen hat, lag gründlich daneben. Es wird weitergemacht wie früher und jedes große Projekt, das zu Österreichs Unabhängigkeit beitragen könnte, wird unter grünem Diktat verhindert, was angesichts leerer Staatskassen höchst willkommen ist. Hier offenbart sich eine Verlogenheit, wie sie größer nicht sein könnte. Etwa indem man Temelin mit Millionen an Steuergeld bekämpft und gleichzeitig den Strom von dort bezieht, ohne den bei uns schon längst die Lichter ausgegangen wären.

Oder nehmen wir den Straßenbau. Wir zahlen Vignette und Maut, was wohl einzigartig sein dürfte, und was bekommt der Autofahrer, der zusätzlich noch Milliarden zahlt, dafür geboten? Lärmschutzwände vor dichten Wäldern statt guter Straßen, Baustellen und oft Fahrbahnzustände, die jeder Beschreibung spotten. Deutschland verlangt als einziges Land Europas gar keine Maut, bietet aber eine gute Infrastruktur und Slowenien etwa hat Autobahnen, von denen wir nur

träumen können.

Als vor 10 Jahren das Unglück im Tauerntunnel geschah, wurde versprochen, „sofort“ mit dem Bau der 2. Tunnelröhre zu beginnen. Als vor 30 Jahren die Steyrtalbahn eingestellt wurde, wurde der „umgehende“ Ausbau der Straße versprochen, auf die B 309 warten wir ebenso lang und der Ausbau der Prager Autobahn ist eine endlose Geschichte.

Auch was unsere Rechtsprechung betrifft, bietet sich allerhand Anlaß zu Kritik. Totschlag etwa wird mild bestraft und der Totschläger oft nur auf freiem Fuß angezeigt, ein rechtsextrems Vergehen zieht unweigerlich eine mehrjährige bis lebenslange Haftstrafe nach sich. Keine Rede davon, daß man einem Jugendlichen nicht das Leben verbauen darf und ihm eine Chance geben muß. Was den Rechtsextremismus betrifft, überschlagen sich unsere Medien und können nicht genug auf die Gefahr hinweisen. Wenn sich dann jedoch - zu blöd aber auch - herausstellt, daß der angebliche Rechtsextreme ein führendes Mitglied der Roten Falken ist, herrscht Schweigen. Das Attentat auf den Passauer Polizeichef dürfte ebenfalls in diese Kategorie fallen, sowie auch viele andere. So etwa stammten die „Türken raus“-Schmierereien in Vorarlberg von einem Türken. Doch: Haltet den Dieb!

Außerdem ist eine Zunahme von Rechtsextremismus ganz leicht zu erklären, wenn man weiß, daß hier vieles bestraft wird, was Linksextremisten ohne weiteres dürfen. Man darf die Verbrechen Stalins (O-Ton Hrdlicka: Daß Stalin Verbrechen begangen hat, müssen Sie mir erst beweisen) ungestraft öffentlich leugnen, und auch das Kommunistische Manifest im Bücherregal haben.

Die Liste der Fehler, die es Strache so leicht machen, läßt sich beliebig fortsetzen, angefangen von großwahnsinniger Verschwendungssucht, irrwitziger Staatsverschuldung, leeren Versprechungen (keine neuen Steuern, keine Steuererhöhungen), bis hin zur schleichenden Entwicklung Österreichs zu einem totalitären Regime.

Wenn Strache und Co also Zulauf haben, so liegt das weniger an seiner guten Politik als vielmehr an der schlechten der anderen.

Das ist der Boden, auf dem Unzufriedenheit gedeiht, doch daran kann man nicht den Unzufriedenen die Schuld geben. Man sollte die Ursachen bekämpfen und nicht die Symptome.

Das Wetterleuchten am Horizont ist für jeden, der sehen will, deutlich wahrnehmbar. Ein Staatsmann, der die Katastrophe aufhalten könnte, leider nicht.



## Schein und Sein am Nil

„Pharao“ Hosni Mubarak ist seit fast 28 Jahren an der Macht

Richard G. Kerschhofer

Groß war weltweit die Bestürzung, als 1997 – anscheinend aus heiterem Himmel – islamische Extremisten beim Totentempel der Königin Hatschepsut ein Blutbad unter Touristen anrichteten. Wie konnte das nur kommen – in einem Land, das 1979 sogar einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hatte!

Die Erregung legte sich wieder, aber der ohnehin überdimensionierte ägyptische „Sicherheitsapparat“ wurde weiter ausgebaut. Er umfaßt heute zwei Millionen Personen – bei 82 Millionen Einwohnern. Knapp ein Viertel entfällt auf die Armee. Die unteren Ränge sind durchwegs kümmerlich bezahlt, was der Korruption Tür und Tor öffnet, und die oberen Ränge gehen dabei mit leuchtendem Beispiel voran. Obwohl mit dem Israel-Vertrag das Kriegsrisiko wegfiel, kam es nicht zur allgemeinen Hebung des Lebensstandards, sondern bloß zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Das Regime ist natürlich interessiert, daß möglichst nur positive Themen in die internationalen Medien gelangen: Etwa Vermittlungsbemühungen und Konferenzen – mit Staatspräsident Hosni Mubarak im Mittelpunkt. Oder neue Ausgrabungen – Zahi Hawass, Chef der Altertümerverwaltung, ist zudem ein hervorragender Selbstdarsteller. Oder Sport, primär Fußball – auch daheim ideal, um Dampf abzulassen. Und natürlich sind selbst unzufriedene Ägypter stolz auf Landsleute, die im Ausland zu Ansehen kommen – wie Mohammed El-Baradei, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde und Nobelpreisträger. Die Führung, die solche Personen mit Ehrungen überhäuft, nascht an deren Ruhm mit.

Daß US-Präsident Barack Obama für seine große Nahost-Rede die Kairoer Universität wählte – nicht zu verwechseln mit Al-Azhar, der zweitältesten Uni der Welt – schmeichelte allen Ägyptern. Umso mehr als die vielen Islam-Bezüge von seiner Beraterin Dalia Mogahed kamen, die aus Ägypten stammt und sich „islamisch“ kleidet. Das erklärt übrigens Obamas Aussage, daß es ein Recht der Frauen sei, den „Hidschab“ zu tragen, sowie manches andere, das sehr nach Anbiederung klingt. Was in den Berichten unterging: Daß die Universität komplett geräumt war und es nur handverlesene Zuhörer gab. Und daß Obama für Strenggläubige trotz allem ein lebendes Ärgernis ist, ein

„Abtrünniger“, denn die Kinder eines Muslims müssen Muslime sein.

Extreme Mißstände sind – wie überall – der Nährboden, ja die Grundvoraussetzung für extreme Ideen und Bewegungen, und dementsprechend hat die noch in der Kolonialzeit entstandene Muslim-Bruderschaft seit Jahren riesigen Zulauf. Das wiederum zwingt das Regime immer öfter zu „religiösen“ Zugeständnissen oder zum Öffnen von „Notventilen“. Typisches Beispiel ist das Keulen von 400.000 Schweinen – angeblich wegen der Schweinegrippe, doch de facto eine Maßnahme gegen die Christen.

Solche Konzessionen ähneln jedoch dem Kniefall europäischer Regierungen vor den „Umweltschützern“: Man hofft, den Fundamentalisten Wind aus den Segeln zu nehmen, ermuntert sie aber in Wahrheit zu noch mehr Unsinn. Die Fragestunden von Islam-Gelehrten im Fernsehen wären wert, in Dissertationen behandelt zu werden: Was da an Scheinproblemen diskutiert wird! Und im Parlament wird gerade über die Männerkleidung debattiert: Ein islamistischer Abgeordneter verlangt, die „Gallabeya“, jenes traditionelle lange Gewand, das längst nur von armen Leuten getragen wird, zur Pflicht zu machen. Aus „religiösen Gründen“, wohlgemerkt! Die Damen der Gesellschaft kleiden sich ja meist schon „islamisch“ – mit sündteurer „Haute Couture“ aus den Golf-Staaten.

Wie sehr auch das Regime den Bezug zur Realität verliert, zeigte sich, als im Mai ein Enkelkind Mubaraks starb: Der Präsident sagte einen USA-Besuch ab – noch irgendwie verständlich. Aber im Land war Staatstrauer, und in Runkfunk und Fernsehen gab es ganztägig nur Koran-Lesungen! Kein Wunder, daß man von Mubarak als „Pharao“ redet.

An seiner wichtigsten Aufgabe, der Kontinuität in Form einer Dynastie, wird der Pharao allerdings scheitern. Nicht weil man grundsätzlich etwas dagegen hätte, daß der Einundachtzigjährige seinen Sohn Gamal zum Nachfolger aufbaut. Aber der Frust über die Mißstände und über die US-hörige Außenpolitik – etwa auch die zynische Beihilfe zur Abriegelung des Gaza-Streifens – ist so gewaltig, daß Gamal Mubarak, der noch dazu keinen Rückhalt in der Armee hat, im Falle des Falles überfordert sein wird. Die Alternativen heißen dann Chaos oder Militärdiktatur oder „Gottesstaat“.

# Industrie vor ihrer größten Herausforderung

Die Lage der Industrie ist nach wie vor viel ernster als von vielen angenommen, wobei es große Unterschiede unter den einzelnen Branchen gibt. Dies sagte IVOÖ-Präsident Klaus Pöttinger beim diesjährigen Industrietag im Linzer Design Center. „De facto sind wir mit den stärksten wirtschaftlichen Einbrüchen in der Zweiten Republik konfrontiert!“

Auch wenn sich allmählich eine Beruhigung der Lage zu Jahresende hin abzeichnet, stehen der Industrie bis dahin noch sehr schwere Monate bevor, insbesondere die Arbeitsmarktsituation ist prekär. Oberösterreich als stark exportorientiertes Land ist besonders betroffen, etwa ein Drittel aller österreichischen Kurzarbeiter entfallen auf oberösterreichische Betriebe. Von der Politik fordert Pöttinger daher eine Verbesserung der Kurzarbeitsregelung, die in ihrer derzeitigen Form der Situation keinesfalls gerecht wird. So müssen etwa Behaltfristen gestrichen und die Kosten gesenkt werden. Derzeit werden bei einer Reduktion der Arbeitszeit auf 70-80 Prozent 90% des Lohnes bezahlt, sodaß die realen Einsparungen viel zu niedrig ausfallen und die Kosten für die geleisteten Arbeitsstunden sogar weiter ansteigen.

Heftige Kritik übt Pöttinger am Überstundenverbot in Betrieben mit Kurzarbeit. Ist in einer Unternehmenssparte Kurzarbeit eingeführt, dürfen in einer anderen Sparte, die genügend Aufträge hat, keine Überstunden geleistet werden.

Jeder Tag, der ohne eine Lösung dieser Probleme verstreicht, kostet weitere Arbeitsplätze. Die von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Sozial-



*Die IV-Präsidenten Veit Sorger und Klaus Pöttinger sind mit dem derzeitigen Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze noch nicht zufrieden*

minister Rudolf Hundstorfer ausgehandelte Lösung ist unbefriedigend.

## **Gewerkschaft kontra Industrie**

Die Betriebe sind bestrebt, mittels Kurzarbeit möglichst viele Mitarbeiter im Unternehmen zu halten. Dies wird allerdings von manchen Gewerkschaftsvertretern konterkariert. Insbesondere der Vorwurf, die Industrie habe immer satte Gewinne gemacht und würde nun die Krise dazu benutzen, Strukturen zu bereinigen und noch mehr Gewinne machen, geht an der Realität völlig vorbei. Die Gewinne der letzten Jahre waren die Basis für Investitionen in Technologie, Forschung, Kapazitätserweiterung und Expansion, also die Basis für Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit für unseren Wohlstand.

## **Rasch handeln**

IV-Präsident Veit Sorger befürchtet ein Anhalten der brisanten Arbeitsmarktlage auch noch im den Jahren 2010 und 2011. Von Politik und Sozial-



partnern fordert Sorger eine rasche Lösung der Kurzarbeitsregelung. Zwar hat die Industrie diese Regelung verhandelt, doch stellt sich die Situation mittlerweile völlig anders dar. Für viele Unternehmen ist ein Zeitraum, ab dem eine Änderung zum Positiven eintreten wird, nicht absehbar, und auch dann ist völlig ungewiß, ob der Mitarbeiterstand gehalten werden kann. Es ist Alarmstufe Rot erreicht, wenn allein in Oberösterreich mehr als zwei Dutzend Betriebe seit Wochen auf die Genehmigung zur Kurzarbeit warten. Dies ist nicht der Zeitpunkt für Machtspiele der Arbeitnehmervertreter, so Sorger.

Sowohl Pöttinger als auch Sorger fordern eine Lösung, die sich am Deutschen Modell orientiert.

Das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz ist die richtige Maßnahmen zur richtigen Zeit. Es hilft jenen Betrieben, die national und regional Stützen der Wirtschaft sind, hochqualifizierte Mitarbeiter haben und ohne eigenes Verschulden von der Krise getroffen wurden. Eine möglichst rasche Entscheidung ist unabding-

bar, das Gesetz soll noch vor der Sommerpause angewendet werden können.

Oberösterreich kann der Krise aus einer guten wirtschaftlichen Position heraus begegnen. Die Rahmenbedingungen können jedoch weiter verbessert werden, weshalb die IV OÖ ein 5-Punkte-Programm für die nächste Legislaturperiode erstellt hat.

Dessen Schwerpunkte sind in erster Linie der Ausbau der Technischen Fakultät an der Johannes Kepler-Universität. Die Zahl der Studenten soll von derzeit 3.500 - deutlich zu wenig für den Industriestandort Oberösterreich - auf 7000 erhöht werden.

Weiteres Ziel bleibt die Erhöhung der F&E-Quote auf 4% des BRP. Besonders in Krisenzeiten soll die Forschung weiter intensiviert werden, wünscht sich Pöttinger eine Aufstockung des F&E-Budgets des Landes auf 100 Mio Euro.

Außerdem fordert die IV OÖ ein Benchmark in der Schulpolitik.

Angesichts eines jährlichen zusätzlichen Strombedarfs von 2% hat der Ausbau der Wasserkraft oberste Priorität. Oberösterreich soll in der Energieversorgung autonomer werden, die Wasserkraft ist ein Beitrag zum Klimaschutz und schafft auch Arbeitsplätze.

Schlußendlich sollen Summe-rauer- und Pyhrnbahn als wichtiger Teil der Nord-Süd-Achse zwischen Nordsee und Koper zweispurig ausgebaut werden. Dies würde die Transportzeiten deutlich beschleunigen, konjunkturbelebend wirken und Arbeitsplätze schaffen. Alle diese Maßnahmen wirken nicht nur unmittelbar, sondern weit über die Krise hinaus, ist Pöttinger überzeugt.



## Realwirtschaft als Opfer der Finanzhaie

Von Josef Zacht

Zunehmend wird in weiten Teilen der Bevölkerung die Realwirtschaft und hier vor allem die Industrie mit dem Finanzmarkt in einen Topf geworfen. Doch die Industrie und in deren Gefolge die Gesamtwirtschaft sind die wahren Opfer der kriminellen Machenschaften der Finanzmärkte.

Doch auch für private Anleger waren Finanzspekulationen „in“. So mancher Eigenheim-Errichter glaubte trotz Warnungen seiner Bank, mit Währungs-Spekulationen den Preis seines Hauses zu minimieren. Als Yen oder Schweizer Franken stiegen, wurde die Bezahlung der Zinsen zum Problem. Und wer nicht mit Aktien spekulierte, sondern sich für festverzinsliche Anlagen entschied, war von vorgestern. Sie alle mißachteten den Grundsatz, daß, wer höherer Gewinne wegen spekuliert, sich auch Verluste leisten können muß.

Doch man soll nicht zu hart urteilen, schließlich gingen die Politiker mit bösem Beispiel, nur nicht mit eigenem Kapital, voran. Allen voran die notleidende Bundesbahn, die 640 Millionen in den Sand setzte, und nicht zu vergessen jene Kommunen, deren Verluste auch manchmal die Millionengrenze überschritten. Nicht zu vergessen auch die Cross-Border-Geschäfte, die in manchen Fällen zum Totalverlust führen können. Dann muß die Gemeinde den Kanal oder was immer noch einmal kaufen. Wenn ein Landeshauptmann dazu erklärte, das haben alle gemacht, dann meinte er wohl, daß es deshalb auch keine Schuldzuweisung geben darf.

Jüngstes Beispiel für die totale Unfähigkeit der Politiker in Wirtschaftsbereichen ist die AUA. Seit Jahren forderte ÖIAG-Aufsichtsrats-Präsident Michaelis den Zusammenschluß der AUA mit einer wirtschaftlichen starken Fluglinie, wofür sich die deutsche Lufthansa als erste Wahl anbot. Nun ist es fünf nach Zwölf und die AUA praktisch konkursreif.

Und wem schiebt man die Schuld zu? Dem Aufsichtsratspräsidenten. Doch nicht dieser, wie in allen Unternehmen, in denen der Staat die Mehrheit besitzt, sondern die Politiker entscheiden. Ebenso wie die Vorstände, die nichts als Vollzugsorgane sind.

Es ist grotesk, doch die jetzt immer öfter erhobenen Forderungen waren voraussehbar: Die weltweite Wirtschaftskrise als Vorwand für die Re-Verstaatlichung der Schlüsselunternehmen wie etwa die E-Wirtschaft, aber auch von Großkonzernen. Wer zählt die Milliarden, die für diese Mißwirtschaft alljährlich vom Steuerzahler getragen werden mußten? Der steile Aufstieg etwa der VOEST nach deren 100-prozentiger Privatisierung entlarvt den mit Angstparolen agierenden oberösterreichischen SPÖ-Chef Erich Haider, der diesen letzten Privatisierungsschritt um jeden Preis verhindern wollte, - ein

Wirtschafts-Dilettant oder gewissenloser Demagoge? Es rächt sich bitter, daß man Finanz- und Wirtschaftsministerien fast immer an Politiker vergibt, die sich in der freien Wirtschaft nie bewähren mußten. Die Koalitionsverhandlungen der gegenwärtigen Regierung haben das erneut bewiesen. Statt sich darüber zu einigen, wo man sofort oder im Zeitraum der Legislaturperiode sparen kann und muß, einigte man sich auf neue Ausgaben - wofür zwar bisher und auch jetzt kein Geld da war. Da konnten auch die Länder nicht länger zurückstehen: Gratis-Kindergarten mit Gratis-Essen und ein grüner Landesrat forderte Gratis-Strom-Tankstellen für Elektro-Fahrer. Über Sparen, allen voran die seit Jahren in Schubfächern liegende Staatsreform mit radikalem Rückbau der Verwaltung, die Vereinfachung vieler Steuern und die Verkleinerung des Nationalrates und der Länderkammern, spricht man nicht. Auch der Bundesrat muß entweder eine andere sinnvolle Funktion bekommen, oder er bleibt weiterhin überflüssig. Darüber auch nur zu sprechen, gilt offensichtlich als anstößig.

Doch Karl Marx und Friedrich Engels wußten Rat, wobei die von ihnen geforderte „Diktatur des Proletariats“ auch nicht vergessen werden darf. Die beiden Werke „Kapital“ und „Manifest des Kommunismus“ wiesen den Weg in den Abgrund und am Ende stand die blutigste Diktatur der Geschichte mit Hunderten Millionen Toten. Das alles hinderte seine weit genug links stehenden Jünger nicht, in die marxistische Mottenkiste zu greifen. Der steirische SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves legte es nun auf den Tisch, worüber schon lange gesprochen wurde: Enteignungs-Steuern. Nichts anderes sind die von ihm und seinen Anhängern geforderte Vermögenssteuer, Vermögens-Zuwachssteuer und Erbschaftssteuer. Dieses Vermögen ist bei dessen Erwerb versteuert worden, doch man will mit dem Beispiel von unrechtmäßig Erworbenem auch die Ehrlichen, Fleißigen und Tüchtigen enteignen. Dazu gehört auch das immer noch bestehende Unrecht, daß der Staat im Pflegefall auf das Erbe, so man sich nicht schon vor mehr als fünf Jahren davon getrennt hat, zugreift.

Jeder hat das Recht, sein Geld so auszugeben, wie es ihm gefällt. Das können schöne Reisen in alle Welt sein oder auch sinnlose Vergeudung. Wenn eso jemand alt und pflegebedürftig ist, übernimmt der Staat, der Steuerzahler die Kosten. Wer vielleicht unter Verzicht auf manche schöne Dinge etwa ein Haus oder einen Betrieb geschaffen hat, den bestiehlt der Staat. Will er sein Erbe seinen Nachkommen erhalten, bleibt ihm immer noch der Selbstmord als Lösung. Fleiß und Tüchtigkeit werden bestraft, Eigentum ist laut Marx Verbrechen - dazu bekennt sich jeder, der Rot oder Grün wählt.